

Kommentar

Volkverschaukelei

Von Corinna Emundts

Aus einer der wichtigsten Debatten des Jahres hat sich der Hauptakteur verabschiedet: das Parlament. Um die umstrittenen Fragen der Gentechnik kämpfen nur noch die Nebendarsteller, Schröders Nationaler Ethikrat und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Die will spätestens im Februar über einen Förderantrag entscheiden, mit dem der Import embryonaler Stammzellen erstmals von einer öffentlichen Stelle politisch legitimiert wäre. Inzwischen horchen alle, was der Ethikrat wohl dazu sagen könnte. Die Ethik-Enquêtekommission des Parlaments kam bisher auch nicht so recht zur Sache. Was für ein Spiel, was für eine Augenwischerei.

Vergesst die DFG, vergesst den Ethikrat, verehrte Parlamentarier. Was die DFG will, weiß man seit Mai; was bei Enquête und Ethikrat herauskommt, kann man sich denken. Die in den Rat verschobene organisierte Unsicherheit der Politiker stiftet nur noch mehr Verwirrung. Eine hübsche Suggestion des Kanzleramtes, auf diesem Wege eine klare Lösung zu finden. Aber eine perfekte Illusion.

Schröder ist im Gegensatz zu seiner Partei keineswegs unsicher in seiner Meinung – sondern lediglich darin, ob unsere Gesellschaft bereit ist, seine Forschungsfreundlichkeit mitzutragen. Der Ethikrat dient dem Kanzler als Sondierungs-Instrument, als eine Art Allensbach-Institut für gesellschaftliche Moral. Nur dass hier nicht die Bürger befragt werden, sondern ein Zirkel aus Wissenschaft, Wirtschaft und Philosophie. Er suggeriert, dass sich ein moralisch sauberer und eindeutiger Weg finden lässt. Das ist Volkverschaukelei: Denn wenn der über Jahrzehnte geführte und etablierte Zirkel-Diskurs über die ethischen Fragen der Gentechnik eines gezeigt hat, dann dies: Es kann hier keine eindeutige Antwort geben.

Ethik beruht auf der individuellen Überzeugung dessen, der sie für sich beansprucht. Diese Grundanschauungen gehen nicht nur im Ethikrat diametral auseinander. Jedes Mitglied dort meint, im Sinne des gesellschaftlichen Wohles zu denken – und kommt zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen. Ein katholischer Bischof wird die Schwärzlichkeit des Embryos von der ersten Sekunde seiner Existenz an normativ ebenso gut begründen wie der DFG-Präsident genau das Gegenteil. Und niemand wird in einer säkularen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, die als Grundrecht auch die Forschungsfreiheit beansprucht, entscheiden können, welche Position die ethisch höherwertige ist.

Der Ethikrat kann keinen Kompromiss stellvertretend für die Politik aushandeln. Das „metaphysische Sprachspiel“ (Peter

Sloterdijk) über die Menschenwürde des Embryos und die Debatte um den tatsächlichen schutzwürdigen Beginn des menschlichen Lebens führt nicht weiter in der Frage, ob wir embryonale Stammzellen importieren dürfen.

Wir brauchen kein Mehr an Ethik, sondern an Politik. Ethik kennt keine Kompromisse, wohl aber die Politik. Es muss abgewogen werden zwischen moralischen, wirtschaftlichen, forschungspolitischen und sozialen Interessen. Herauskommen wird ein mühsam erarbeiteter Kompromiss, bei dem alle Seiten nachgeben müssen. Die Politik muss darüber nachdenken, wie sinnvoll eine ethisch sauberere, restriktive Regelung in Deutschland sein kann – wenn im Ausland viel mehr erlaubt ist und Wirtschaft, Wissenschaftler und betroffene Paare sich dorthin absetzen können.

Was uns lange Zeit fehlte, war nicht der ethische Diskurs in kleinen Zirkeln, sondern der gesellschaftliche. Das Zukunftsthema war mit einer Grundsatzdebatte am 31. Mai im Parlament angekommen. Doch das hat seither geträumelt und meint nun, unter Druck der DFG ausschließlich über die Importfrage befinden zu müssen. Sagt es dazu Ja, wäre die Forschung an embryonalen Stammzellen in Deutschland erstmals möglich.

Wenn aber die Gesellschaft diesen Schritt will, soll sich das Parlament zuerst im Grundsatz verständigen, und zwar schnellstens. Dann wäre die Importfrage zwangsläufig geklärt. Statt sich zwischen DFG und Ethik-Gremien, den importwilligen Schröders und Clements hin- und herreiben zu lassen, sollte der Bundestag entweder das Embryonenschutzgesetz ändern und klarstellen, dass nun mit Embryonen unter bestimmten Bedingungen geforscht werden darf, oder aber ein Import-Moratorium beschließen – so lange, bis die Grundfrage geklärt ist.

Viel zu kurz kommt dabei der Risiko-Diskurs. Statt daran herumzudeuteln, ob ein achtzelliger Embryo nun Bürger mit allen Rechten oder seelenlose Biomasse ist, sollte man sich mit den Folgen dieser riskanten Technik befassen. Was bedeutet es, wenn jeder Mensch potenziell reproduzierbar und sein eigenes Ersatzteillager wird? Wenn die Geschwister behinderter Erstgeborener per Gen-Check im Reagenzglas auf Perfektion geprüft werden und sich im späteren Leben als „ausgewählt“ empfinden können? Es wäre kein Zeichen von Rückständigkeit, sondern von Lernfähigkeit einer modernen Gesellschaft, wenn man auf Grund realer Risiken zu einem „modernen Tabu“ (Johannes Rau) käme. Die Chancen dieser neuen Forschungsrichtung sind derzeit wesentlich unschärfer zu erkennen als deren Risiken.